

grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt



Inhalt

Delegiertenversammlung in Liestal	2
jgb – Urban Gardening	3
Aus dem Rathaus I: Unterflurcontainer	4
Aus dem Rathaus II: Budgetdebatte	5
Entwicklung Hafenareale Teil 2	6–7
Grüne Riechen	8
Neu in der Schulkommission	8
Abstimmungen vom 8. März	
Kantonale Abstimmungen	9–10
Nationale Abstimmungen	10–11
Infomarkt und Varia	12

Abstimmen macht sichtlich spass – Delegierte aus der Stadt an der DV auf der (Basel-)Landschaft. Foto: Harald Friedl

**Entwicklung der Hafenareale
Neues aus dem Rathaus
Abstimmungen 8. März 2015**

DV der Grünen.CH in Liestal

Auftakt zum Wahlkampf 2015

Am 17. Januar gaben die Schweizer Grünen in Liestal ihrer umfangreichen Wahlplattform den letzten Schliff. Das Fazit der Delegiertenversammlung: Wir Grünen wollen mit unseren Ideen die Zukunft mitgestalten – und das in diversen Bereichen und Belangen.

Die Zukunft gestalten – konkret heisst das: Wir Grünen setzen uns unter anderem für eine Energiewende ohne AKW, für eine offene Schweiz und für eine konsequente Raumplanung ein. Mit grünen Wirtschaftskonzepten wollen wir nachhaltige Arbeitsplätze schaffen, und im Bundesrat soll künftig eine Koalition der Verantwortung regieren – ohne SVP.

Die drei Hauptachsen: Weltoffene Schweiz...

Nach der Begrüssung der Delegierten durch den Baselbieter grünen Regierungsrat Isaac Reber erläuterten die Grünen-Schweiz-Copräsidentinnen Regula Rytz und Adèle Thorens die drei Hauptachsen des Wahlkampfes 2015.

In ihrem Plädoyer für eine offene Schweiz warnte Regula Rytz vor wachsender Intoleranz und Fanatismus und vor dem Ausbau des Überwachungsstaates. Des Weiteren unterstrich Regula Rytz, dass eine weltoffene Schweiz ein Grundanliegen der Grünen ist. Die Grünen setzen sich konsequent für die Grundrechte ein und sind angesichts der aktuellen Situation besonders gefordert.

Rytz sprach sich für eine Landesregierung aus, die als Koalition der Verantwortung regiert und die Schweiz nicht in die Isolation führt. Die SVP, die Teile des Rechtsstaats in Frage stelle und sich für die Totalopposition entschieden habe, gehöre nicht mehr in den Bundesrat. Sie knüpfte damit an Diskussionen an, die innerhalb der Grünen im Herbst 2007 geführt wurde, als Luc Recordon sich als Gegenkandidat zu Christoph Blocher zur Verfügung stellte.

... Atomausstieg und Wohnraum

Adèle Thorens präsentierte die anderen beiden Hauptachsen: den raschen Atomausstieg und die Wohnpolitik. Sie betonte, die anderen Parteien hätten viel versprochen, aber nur wenig gehalten. Der Nationalrat habe eine Energiewende ohne Atomausstieg beschlossen und das Zweitwohnungsgesetz drohe wie der Alpenschutzartikel zum leeren Buchstaben zu verkommen.

Mit einer starken Vertretung in den eidgenössischen Räten und mit der geplanten Initiative der Jungen Grünen gegen die Zersiedelung wollen die Grünen das Kulturland schützen, lebenswerte Siedlungen fördern und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Adèle Thorens betonte die Bedeutung einer nachhaltigen Wirtschaft auch im Kontext der aktuellen Entschiede der Nationalbank: eine nachhaltige Wirtschaft schaffe Arbeitsplätze, stärke die lokale Wertschöpfung und generiere einen langfristigen Mehrwert für die Umwelt – Gedanken, denen man gerne zustimmen wird, die aber einer Vertiefung und Konkretisierung harren, nicht zuletzt in Anbetracht des aktuellen wirtschaftlichen Umfelds.

Diskussionsbedarf

Die Redaktion der Wahlplattform am Nachmittag erfolgte im Schnellzugtempo. Dies war der grossen Zahl von Änderungsanträgen geschuldet. Wenn diese zum Teil auch nur Detailfragen oder Sprachliches betrafen, machten sie doch deutlich, dass bei den Grünen vielfältiger Diskussionsbedarf besteht – etwas, das wir auch in der Hektik des Wahljahrs nicht vergessen sollten.

Die Reden von Regula Rytz und Adèle Thorens sind zu finden unter: http://www.gruene.ch/dms/gruene/doc/die_gruenen/partei/dv/dv-liestal/150117_praesidialreden.pdf



Martin Stohler
Vorstand Grüne
Basel-Stadt,
Redaktion Grüner
Pfeffer

Impressum

grüner pfeffer –
Informationsbulletin der
Grünen Partei Basel Stadt

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,
Güterstrasse 83, Postfach 1442,
4001 Basel,
061/383 98 33,
sekretariat@gruene-bs.ch,
www.gruene-bs.ch
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 1000 Stk., erscheint 4-mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im
Jahresbeitrag inbegriffen)

Redaktion:

Harald Friedl (hafr), Martin Stohler
(sto)

Druck: Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 01 |
Februar 2015

Mit «Urban Gardening» eine nachhaltige Ernährung fördern

Seit einigen Jahren erobern Nutzpflanzen wieder vermehrt städtische Wohngebiete. Städtisches Gärtnern, «Urban Gardening» genannt, ist ein globales Phänomen, das auch in Basel grosse Nachfrage findet. Doch fehlt es in Basel noch an genügend Nutzflächen und Beratungsmöglichkeiten. Das junge grüne bündnis nordwest (jgb) setzt sich daher mit dem Projekt «Em Bebbi sy Gmies» für einen städtischen Anbau von Nahrungsmitteln auf politischer Ebene ein.

Die Nahrungsmittelproduktion und damit auch die Landwirtschaft tragen direkt und indirekt einen erheblichen Beitrag zum globalen Klimawandel bei. Der lange Transport von Lebensmitteln ist ebenfalls eine bedeutende Quelle von Treibhausgasen. Hinzu kommen der frappante Wasserverbrauch und die Wasserverschmutzung durch die konventionelle Landwirtschaft, welche zu grossen Umweltproblemen in vielen Gegenden der Welt führen.

Das jgb beschäftigt sich daher schon lange mit dieser Problematik und versucht, regionale Lösungen zu finden, um unseren Beitrag zum Klimawandel zu minimieren. Der Kauf von regional und saisonal produzierten Bio-Produkten ist für Privatpersonen meist der einfachste Weg, die Missstände in der Nahrungsmittelproduktion zu beeinflussen. Je mehr Menschen diesen Weg einschlagen, desto stärker passt sich auch der Markt an die Bedürfnisse der Kunden an – die Produktion von konventionell produzierten Produkten und der Import sinkt, die regionale und saisonale landwirtschaftliche Produktion steigt. Urban Gardening hat ein grosses Potential, um genau dies zu fördern.



Im Rahmen des Projektes «Em Bebbi sy Gmies» möchte das jgb durch eine Förderung von Urban Gardening mehr Menschen den Vorteil von regionalen und saisonalen Produkten näher bringen. Dafür soll der Anbau von Nahrungsmitteln in den Alltag und die nähere Umgebung der Bevölkerung eingebracht werden. Durch das Vorzeigen und direkte Erleben landwirtschaftlicher Produktion soll die Bevölkerung für eine ökologisch nachhaltige Ernährung sensibilisiert werden. Mit dem Anbau von Nutzpflanzen in öffentlichen Beeten kann zudem wichtiges Wissen über die Natur und die Landwirtschaft vermittelt werden: Die Saisonalität der Nutzpflanzen wird erlebbar vorgezeigt und in Vergessenheit geratene Sorten können auf diese Weise wieder den Weg auf unsere Teller finden. Zusätzlich zu den ökologischen Vorteilen, die Urban Gardening mit sich bringt, kann durch gemeinschaftliches Gärtnern auch eine Integrationsarbeit geleistet werden und finanziell Schwächere könnten von den städtischen Produkten profitieren.

Das jgb ist überzeugt, dass Urban Gardening in Basel Zukunft hat und nicht nur ein kurzweiliges Phänomen ist. In den nächsten Monaten wird sich das junge grüne bündnis mit der Unterstützung ihrer städtischen Mutterparteien fundiert für eine Förderung von Urban Gardening einsetzen. Wir möchten die Beratungsmöglichkeiten ausbauen und werden uns für den Anbau von Nutzpflanzen in städtischen Zierbeeten einsetzen. Zudem werden wir uns mit Nachdruck für eine Öffnung von städtischen Grünflächen für ein gemeinschaftliches Gärtnern engagieren.



Raffaella Hanauer
Vorstand jgb
nordwest

Aus dem Rathaus I

Ein absurder Grossratsentscheid

Dem Grossen Rat ist bei der Abstimmung zur Vorlage über die Einführung eines Unterflurcontainersystems für die Abfallsorgung ein gravierender Fehler unterlaufen: Die anstehende Volksabstimmung vom Juni wird deshalb zur Farce.

Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat vor Kurzem ein Konzept für ein neues Abfallentsorgungssystem in Basel mit Unterflurcontainern vorgelegt. Dieses System wurde an einzelnen Standorten in Basel bereits ausprobiert, so zum Beispiel auf dem Erlenmatt-Areal. Auch in anderen Städten und Gemeinden gibt es dieses System bereits, beispielsweise in Zürich oder Chur. An den Abfallstationen sieht man an der Oberfläche Abfalleimer – ähnlich den modernen Glas- und Alusammelstellen, die im Untergrund in grosse Container münden. Dort werden die eingeworfenen Abfallsäcke aufgenommen. Mit einem elektronischen System wird die Stadtreinigung benachrichtigt, wenn ein Container voll ist, und diese kann ihn rechtzeitig leeren.

Dieses Konzept ist zeitgemäss, denn so kann der Hauskehricht jederzeit entsorgt werden, ohne dass auf den Abfuhrplan der Stadtreinigung Rücksicht genommen werden muss. Es bietet viel Flexibilität, was dem heutigen Lebensstil entspricht. Der Abfallsack kann bei Bedarf entsorgt werden und stinkt nicht auf dem Balkon oder in Treppenhäusern bis zum nächsten Abfuhrtag vor sich hin.

Im Umkreis von ca. 100 Metern soll gemäss Bau- und Verkehrsdepartement jede Wohnung Zugang zu einem Unterflurcontainersystem haben. Um die Bedenken von Behinderten- und Seniorenverbänden aufzunehmen, wurde vorgeschlagen, Kleinstgrössen (z.B. 8 Liter) des Bebbisaggs einzuführen. So sollte die kurze Distanz auch Personen mit Einschränkungen zugemutet werden können.



Unterflurcontainer werden in Basel schon seit geraumer Zeit beispielsweise auf dem Erlenmatt-Areal angewendet. Foto: Harald Friedl

Im Grossen Rat stiess die Totalumstellung auf das neue System dennoch auf Skepsis. Mit eher fadenscheinigen Argumenten wollten die bürgerlichen Parteien ein Parallelsystem einführen. Dass die Kosten dafür sehr hoch wären und das zudem auch aus Effizienzgründen kaum Sinn machen kann, vermochte sie nicht zu überzeugen. Mit einem Änderungsantrag versuchten wir im Grossen Rat eine Teileinführung des Unterflursystems zu beantragen, sodass in Teilen der Stadt weiterhin die herkömmliche Abfallentsorgung bestehen bliebe und in anderen Teilen das neue System eingeführt werden könnte.

Der schliesslich beschlossene Antrag war so unklar formuliert, dass damit aber tatsächlich (je nach Lesart) ein Parallelsystem eingeführt werden müsste, anstatt nur einzelne Stadtgebiete auf das neue System umzustellen, wie das von der Mehrheit gemeint war und auch so diskutiert wurde. Weil zudem das Referendum gegen den Beschluss ergriffen wurde, kann der Grosse Rat diesen zweideutigen Entscheid nicht mehr rückgängig machen. Nun muss die Stimmbevölkerung über einen

missverständlichen Grossratsbeschluss abstimmen, den in dieser Form kaum jemand gewollt haben kann. Der Regierungsrat und wohl auch die meisten Parteien werden das Referendum unterstützen müssen, um einen absurden Beschluss rückgängig zu machen.

Die Teileinführung eines Unterflurcontainersystems für die Abfallentsorgung ist aus grüner Sicht weiterhin ein sinnvolles Projekt. Es fehlt uns bei der Konzeption einzig die Integration eines Bioabfallbehälters. Dies werden wir auch weiterhin einfordern – mindestens an den Wertstoffsammelstellen.

Wir sind überzeugt, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung und die Praktikabilität eines Unterflurcontainersystems gross sind und werden uns deshalb mit den möglichen Mitteln dafür einsetzen, dass ein Pilotprojekt für eine Teileinführung nochmals neu an die Hand genommen wird.



Mirjam Ballmer
Co-Präsidentin
Grüne Basel-Stadt,
Grossrätin

Aus dem Rathaus II

Bürgerlicher Vorwahlkampf statt seriöser Budgetpolitik – schwarze statt rote Null

Die bürgerliche Mehrheit der Finanzkommission hat zu Handen des Grossen Rates beantragt, das Budget 2015 zurückzuweisen und ist mit diesem Antrag in der Dezembersitzung des Grossen Rats mit einer Stimme Vorsprung durchgekommen.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten hat der Grosse Rat ein Basler Kantonsbudget zurückgewiesen. Und das, obwohl der Kanton seit Jahren eine nachhaltige Finanzpolitik betreibt: So konnten zwischen 2004 und 2013 die Nettoschulden deutlich reduziert und gleichzeitig die Steuern mehrfach gesenkt und sogar die Pensionskasse saniert werden. Dadurch hat sich der Kanton wieder Handlungsspielraum verschafft und kann nun wichtige Investitionen tätigen. Uns Grünen besonders wichtig ist sicherlich der Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Tramlinien, S-Bahnlagen), aber auch Schulhausneubauten, Erweiterung des Kunstmuseums usw. Bewilligt notabene von eben diesem Grossen Rat.

Es sind viele Faktoren, die dazu führen, dass in den kommenden Jahren die Ausgabenseite auf einem sehr hohen Niveau bleiben wird oder ansteigt. Da die rot-grüne Regierung eine vorsichtige und eher restriktive Finanzpolitik betreibt, hat sie beschlossen, – und bereits im Budgetbericht

kommuniziert – das Ausgabenwachstum in den nächsten Jahren zu reduzieren. Insgesamt soll der Finanzhaushalt jährlich um 60 bis 80 Millionen Franken entlastet werden. Das entsprechende Entlastungspaket wird Anfang Februar vorgestellt, und wir werden mit Sicherheit nicht mit allen Sparvorschlägen einverstanden sein!

Doch nochmals zurück zum bürgerlichen Vorwahlkampf. Das Budget 2015 wies ein leichtes Defizit von 31 Mio. Franken aus, was nur gerade 0,8% des gesamtstaatlichen Aufwands ausmacht. Im Allgemeinen wird in solchen Fällen von einer «roten Null» gesprochen. Dazu haben vor allem die unerwartet hohen Ausfälle der Unternehmenssteuerreform II beigetragen, eine Steuerreform, die von den Bürgerlichen durchgedrückt und in Basel-Stadt vom Stimmvolk nicht angenommen worden war.

Jedenfalls stand da jetzt eine rote Zahl und erstmals gab es aus der Sicht des bürgerlichen Lagers endlich eine Möglichkeit, die Finanzpolitik der rot-grün dominierten Regierung zu kritisieren. (In der bz stand dazu: «Oder war es der späte Frustabbau der Bürgerlichen, dass die Finanzdirektorin gute Finanzpolitik macht?») Am einfachsten und billigsten geht das mit einer undifferenzierten Zurückweisung des Budgets. Da-

bei kritisierten die Bürgerlichen indirekt ihre eigenen Regierungsräte am meisten, da deren Departemente ein überdurchschnittlich hohes Ausgabenwachstum aufweisen. Die schärfste Kritik kam von Seiten der Grünliberalen (GLP): Ein viel zu hohes Ausgabenwachstum sei schuld am Defizit, die Regierung solle sparen. Konkrete Sparvorschläge machte aber keine bürgerliche Partei. Man will ja schliesslich nicht verantwortlich sein für einen etwaigen Leistungsabbau. Könnte doch die eigene Wählerschaft davon betroffen sein! Das ist wahrlich keine seriöse Finanzpolitik und gehört ins Kapitel Vorwahlkampfgeplänkel.

Nun kann man nur hoffen, dass die Nein-Sager in der Zwischenzeit gemerkt haben, dass dieses Manöver von der Öffentlichkeit durchschaut worden ist und im schlimmsten Fall zu einer unnötigen Verunsicherungen in der Bevölkerung, im Gewerbe und in der Verwaltung geführt hat, wo es vereinzelt zu Verzögerungen bei Auftragsvergaben kam. Die Regierung hat sehr rasch reagiert, und nun liegt ein überarbeitetes Budget 2015 mit einem Überschuss von 37,5 Mio. Franken – also einer «schwarzen Null» vor. Möglich wurde dies, weil mehr Steuereinnahmen zu erwarten sind als ursprünglich budgetiert und weil ein paar Massnahmen aus dem Entlastungspaket ins Budget 2015 vorgezogen wurden. Das überarbeitete Budget wird wohl am 4. Februar genehmigt.

Diese Budgetzurückweisung aller bürgerlichen Parteien inklusive der Grünliberalen wirft ein bedenkliches Licht auf deren seriöse und vorausschauende Finanzpolitik. Oder haben sie einfach nur den Vorwahlkampf eröffnet?



«Ein-Blick» in den Ratsbetrieb des Basler Grossen Rats. Foto: Michael Fritschi, foto-werk; Parlamentsdienst BS



Eveline Rommerskirchen
Grossrätin, Mitglied
Finanzkommission
(FiKo)

Stadtentwicklung der Hafenable in Basel Nord / 2

Ökologisch planen – eine Selbstverständlichkeit?

Eine erfolgreiche Entwicklung der ehemaligen Hafenable erfordert eine rollende Planung und die Partizipation aller Beteiligten und keine von oben diktierte Planung. Dies umzusetzen, muss aktuell im Zentrum stehen. Trotzdem machen sich die Grünen auch schon Gedanken zum Inhalt der Planung.

Im letzten Grünen Pfeffer haben wir den Planungsprozess thematisiert, der für eine erfolgreiche städtische Entwicklung der ehemaligen Hafenable in Basel Nord entscheidend sein wird. Eine von oben diktierte Planung mit von Anfang an fertig definierten und oft fragwürdigen Entwicklungszielen und Visionen droht zu scheitern, weil sie die von der Entwicklung Betroffenen statt zu Beteiligten zu Gegnern der Planung macht. Mit mehreren politischen Vorstössen setzen sich die Grünen deshalb für eine rollende Planung, Partizipation und die Einrichtung einer Entwicklungsgenossenschaft ein. (siehe dazu den Artikel im letzten Grünen Pfeffer).

Kriterien einer ökologischen Stadtentwicklung

Obwohl zurzeit der Planungsprozess im Vordergrund steht, haben sich die Grünen natürlich auch Gedanken zum Inhalt der Planung gemacht. Diesem ist in unserer «Konzeptstudie für eine grüne Stadtentwicklung der rheinseitigen Hafenable im Norden Basels» nicht nur ein ausführliches Kapitel gewidmet, sondern es werden dort auch positive und negative Beispiele realisierter Stadtentwicklungsprojekte aus ganz Europa vorgestellt.

Grundsätzliche Überlegungen für eine ökologische Stadtentwicklung formulierten die Grünen bereits 2007 in ihrer Broschüre «Eine Zukunft für Basel». Wichtige Grundsätze daraus sind immer noch gültig:

- Neue Stadtteile müssen ökologisch vorbildlich (Best Practice) und energetisch so weit als möglich autark sein.

- Stadtentwicklung ist nicht nur der Bau neuer Wohnungen, sondern es braucht Arbeits- und Ausbildungsplätze, Freiräume für Freizeit, Sport und die Möglichkeit in privates oder halbprivates (Genossenschaften) Wohneigentum zu investieren.
- Neue Stadtteile müssen mit stadtverträglichen Verkehrs-

mitteln (S-Bahn, Tram, Bus) erschlossen werden und sind Fussgänger- und Velo-freundlich zu planen.

- Stadtentwicklung an den Rändern (hier im Norden von Basel) muss einhergehen mit der Entwicklung und dem Schutz naturnaher Landschaftsräume in der Umgebung.



Bild aus der Studie «Den Rhein hätten wir schon – machen wir den Prozess». Einzelne Exemplare der Studie können bei uns im Sekretariat bezogen werden. Die elektronische Version steht auf unserer Website in der Rubrik Positionspapiere zur Verfügung. Direktlink: www.gruene-bs.ch/?14

Inhaltliche Vorschläge für die Stadtentwicklung der Hafenaareale

Ihre inhaltlichen Forderungen zur Stadtentwicklung in Basel Nord verstehen die Grünen als Diskussionsgrundlage im Rahmen eines offenen Planungsprozesses, in welchem alle Betroffenen ihre Vorstellungen einbringen können. Für die Grünen stehen drei inhaltliche Aspekte im Vordergrund.

Vom Bestehenden ausgehen: Für die Planung sind die bestehenden menschlichen und historischen Gegebenheiten im Hafen eine wichtige Voraussetzung und sie sollten deshalb in die Planung einbezogen werden. Gemeint sind damit die geologischen Gegebenheiten der Klybeck-Halbinsel, die bestehenden Wegnetze, Schienenläufe und umnutzbaren Gebäude, die nicht weggeplant, sondern zu berücksichtigen sind.

Die Idee einer Klybeckinsel muss kritisch hinterfragt werden: Die vom Kanton in Auftrag gegebene Entwicklungsvision 3Land stellt das Bild der Insel ins Zentrum. Aber eine Insel, also ein neuer Rheinlauf, trennt das neue vom bestehenden Quartier, präjudiziert die Planung und wirft zahlreiche kritische Fragen auf. Die neue Barriere muss mit aufwendigen und wohl sehr teuren Brückenbauten wieder überwunden werden und auch die Kosten der Wiederherstellung des alten Rheinlaufs dürften hoch ausfallen. Als Alternative könnten Teile der alten Bahntrassen beibehalten werden und durch Begrünungen und öffentliche Nutzungen eine «natürliche Brücke» zwischen dem bestehenden und dem neuen Quartier auf der Klybeck-Halbinsel bilden.

Statt Visionen und Bilder Kriterien für Aussehen des zukünftigen Quartiers:

- Eine vielfältige Eigentümerstruktur, nicht nur grosse, sondern auch eine kleinräumige Struktur von Parzellen soll entstehen, die vielfältigen Akteuren Möglichkeiten bietet. Der

Kanton als Eigentümer hat hier grosse Einflussmöglichkeiten.

- Die Abgabe von Parzellen an Investoren, Baugenossen-schaften und Private soll nur im Baurecht geschehen.
- Es soll ein Nutzungsmix von 60% Wohnen, 30% Arbeiten und 10% öffentliche Nutzung angestrebt werden.
- Als durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf soll eine Obergrenze von 35m² angestrebt werden.
- Für technische Anlagen (Abwasser, Wärme, Kühlung) und Bauten müssen bezüglich Ökologie dannzumal geltende «Best Practice»-Lösungen umgesetzt werden.

Lässt sich die Wohnfläche pro Kopf steuern?

Es ist absehbar, dass Anreize zur Senkung des durchschnittlichen Wohnflächenverbrauchs in Zukunft immer wichtiger werden. Der Grund ist einfach: neue Wohnungen auf der grünen Wiese zu realisieren ist nicht nur unökologisch, sondern die Flächen dazu sind in den gebauten Städten beschränkt und das Verdichtungspotenzial in bestehenden Quartieren lässt sich nur langfristig realisieren. Die Zunahme der Wohnfläche ist in Basel der wichtigste Grund für die Knappheit von Wohnraum. Die Wohnfläche hat pro Person seit 1980 von 36m² auf derzeit 42m² zugenommen und die Belegungsdichte der Wohnungen hat massiv abgenommen. In Basel betrug 2012 der Anteil der Einpersonenhaushalte über 50% und war damit nach Genf am zweithöchsten in der ganzen Schweiz. Deshalb kann eine Politik, die darauf abzielt, den Wohnflächenverbrauch pro Kopf zu senken, massgeblich dazu beitragen, die drohende Wohnungsnot zu lindern und den Anstieg der Mietzinsen zu bremsen. Das hat auch das Bundesamt für Wohnungswesen erkannt und

erste diesbezügliche Vorschläge an die Kantone gemacht.

Dass die Grünen den Wohnflächenverbrauch pro Kopf thematisieren, hat in der Boulevardpresse zum Vorwurf geführt, dass wir den Menschen vorschreiben wollen, wie sie zu leben hätten. Das ist natürlich falsch. Es mag gute Gründe geben, weshalb jemand eine grössere Wohnfläche beansprucht. Aber dies soll nicht gratis sein, weil Wohnfläche Umwelt verbraucht und insbesondere in den Städten zu einem immer begrenzteren Gut geworden ist. Genauso wie für ein grösseres Auto eine höhere Motorfahrzeugsteuer fällig wird, kann über Anreize oder Lenkungsmaßnahmen der Wohnungsverbrauch beeinflusst werden. Neben Anreizen sind aber auch Gebäudekonzepte und Raumprogramme wichtig, um den Wohnflächenverbrauch zu senken. Bisher spielte das kaum eine Rolle, sondern grosszügige Wohnungen mit viel Fläche gelten als wichtigstes Verkaufsargument, obwohl sie Wohnungen nicht nur grösser, sondern auch teurer machen. Das soll in den neu geplanten Quartieren anders werden.

Ökologisch planen. Eine Selbstverständlichkeit – aber wie?

Ein möglichst geringer Rohstoff- und Energieverbrauch bei der Stadtplanung ist heute noch keine Selbstverständlichkeit. Gerade im Bereich des Wohnens ist Suffizienz, also die Beschränkung des ökologischen Fussabdrucks, ein noch kaum diskutiertes Thema. Die städtische Entwicklung der ehemaligen Hafenaareale ist diesbezüglich eine Herausforderung, sie wird uns aber auch bei der Erneuerung und Weiterentwicklung der übrigen Stadt beschäftigen. Wir werden auf das Thema zurückkommen.



Jürg Stöcklin
Geschäftsführung
Grüne Basel-Stadt

Grüne Riehen

Die Konservativen werden scheinbar immer grüner.

Oder: Wie konservativ ist Grün?

Im «Grossen Grünen Dorf» sitzen gerademal zwei Grüne im Einwohnerrat. Riehen ist seit Langem stark konservativ-bürgerlich-christlich geprägt. Warum grünt das Dorf denn so grün? Ist konservativ grün? Oder ist grün konservativ?

Riehens Grün ist ein Produkt der Geschichte: Die Grenzen müssen von Gesetzes wegen unbebaut bleiben. Die Langen Erlen sind als Teil der Trinkwassergewinnung Industriegebiet und damit nutzbringend grün. Die grossen Pärke befanden sich lange in Privatbesitz und dienten als Erholungsraum für reiche Städter. Noch immer zieht es gut betuchte Menschen an die dünn besiedelten Hanglagen mit toller Aussicht. Die gedankenlose Verbauung jedes verfügbaren Zentimeters setzte relativ spät ein. Dass Riehen heute noch einigermaßen grün ist, hat also wenig mit der konservativen Politik Riehens zu tun, sondern mit externen Faktoren.

Grüne Politik ist in gewissem Sinn konservativ. Sie will, dass das ökologische Gleichgewicht bewahrt

wird, die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben und die Erde vor der zerstörerischen Kraft des menschlichen Wesens gerettet wird. (lat.: „conservare“: bewahren, erhalten, retten vor). Ist nun grüne Politik konservativ? Ja und Nein. Denn der Begriff bezieht sich in der Politik auf bestehende Gesellschaftsstrukturen und Verhaltensmuster (Familie, Tradition, Festhalten an Bekanntem).

Es kann durchaus eine grüne Haltung sein, nicht jeden Mist mitzumachen (Kernspaltung, Tierfabriken, Deregulierung etc.). Die Ursache für die Ablehnung rührt aber nicht von einer konservativen Haltung her im Sinne von Festhalten an Bekanntem, sondern ist in jenem Denken begründet, welches das grüne Denken fortschrittlich und zukunftsgerichtet macht. Das grüne Denken will alle Aspekte, alle Dimensionen, alle Folgen einer Entwicklung in die Überlegungen miteinbeziehen. Es geht nicht um eine Tür, ein Fenster, ein Zimmer, ein Stockwerk – nein es geht um das ganze Haus, in dem man wohnt inkl. dessen Aussenraum. Dem Oikos (griech.: Haus) eben.

Da wir z.B. im eigenen Haus für die Entsorgung unseres eigenen Abfalls aufkommen müssen, merken wir, dass sich die Kernspaltung zur Energiegewinnung nicht lohnt. Wer haushälterisch denkt, kann auf kein anderes Resultat kommen. Die Grünen sahen dies. Die bürgerlichen Atomkraftbefürworter sahen den schnellen Profit, und es war ihnen egal, die Lasten ihres Schaffens ihren Kindern zu überlassen. Entgegen einer ökologischen Sichtweise, welche das eigene Erbe als Teil des Ganzen versteht, betrieben damals (und heute) viele eine «Nach mir die Sintflut»-Politik. Die Folge dieser Politik? Die Sintflut – in Form eines steigenden Meeresspiegels.

Grüne Politik will keinen konservativen Stillstand. Sie will das Ökosystem Erde konservieren – mit progressiven Innovationen.



Andreas Tereh
Einwohnerrat Grüne
Riehen

Auf unseren Aufruf im letzten Grünen Pfeffer (2014 Nr. 4), dass wir Personen suchen, die für uns in Schulkommissionen mitarbeiten wollen, hat sich u.a. auch Urs Schädeli gemeldet. Urs hat uns überzeugt, und so hat ihn die Geschäftsleitung für die Schulkommission am «Zentrum für Brückenangebote (ZBA)» nominiert. Am 27. Januar hat der Regierungsrat die Wahl von Urs in dieses Gremium bestätigt. Wir gratulieren Urs zur Wahl und haben ihn gebeten, sich unseren Leserinnen und Lesern vorzustellen. Übrigens: Wir sind laufend auf der Suche nach möglichen Personen für Schulkommissionssitze, die wir bei künftigen Vakanzen anfragen können. Interessierte können sich auf unserem Sekretariat melden.

Persönliche Kurzgeschichte von Urs Schädeli



Trotz meiner 50 Jahre bin ich ein ziemlich junges Mitglied der Grünen Basel-Stadt. Die ersten Gehversuche als aktives Neumitglied fanden im letzten Jahr im Gundeli statt, erstmals stand ich auf der anderen Seite des Unterschriftenbogens. Letzten Herbst lud Anita Lachenmeier die Neumitglieder zu einem Suppenessen ein. Das Erstaunliche war, dass die Suppe bei Anita zu Hause in ihrer Wohnküche serviert wurde und wir (zwei) Neuen zusammen mit unserer Gastgeberin und weiteren Vorstandsmitgliedern am Esstisch Platz fanden. Ich erlebte einen supergemütlichen Kürbis-Suppenabend. Einmalig diese Tradition für Neumitglieder.

Wenn ich nicht Unterschriften sammle oder am Kürbissuppen-Löffeln bin, dann wohne ich mit meiner Familie im Bachlettenquartier. Sprachlich falle ich mit meinem mit Berner und Aargauer Dialekt eingefärbten Dialektmix auf in unserer Familie. Lara ist im zweiten Kindergartenjahr, Simon besucht das Wirtschaftsgymnasium. Wir Eltern sind beide berufstätig. Nadine in Basel, ich pendle Zug um Zug nach Aarau und arbeite in der kantonalen Verwaltung als Infrastrukturentwickler und Projektleiter. Jetzt freue ich mich auf die Kommission und das ZBA. Auch für mich eine Brücke mit vielen Chancen.
Urs Schädeli, Neumitglied.

Kantonale Abstimmungen vom 8. März 2015

JA zu bezahlbarem Wohnraum

Die baslerische Leerstandquote ist mit nur 0.2% alarmierend. Günstige Wohnungen sind zunehmend schwierig zu finden. Wohlhabende schnappen sich Mehrfamilienhäuser und luxurieren sie zu Stockwerkeigentum. Die neuen grossen Wohnungen sind teuer. Unter dem Strich steigt so zwar die zur Verfügung stehende Wohnfläche, tatsächlich profitieren aber nur wenige davon. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass die aktuelle Entwicklung sich noch verschärft.

Die Lösung kann nicht Zuschauen sein, wie der Wohnraum in Basel immer unbezahlbarer und knapper wird. Handeln ist angesagt. Nebst vielen anderen parlamentarischen Vorstössen und Initiativen ist die Initiative «Wohnen für alle», die von der SP, JUSO und Genossenschaften lanciert wurde und von den Grünen Basel-Stadt unterstützt wird, ein notwendiger und wichtiger Lösungsschritt.

Die Initiative verlangt die Gründung einer Stiftung, die der Gemeinnützigkeit verpflichtet ist. Diese Stiftung soll einmalig mit 50 Mio. Franken gespiesen werden (finanziell oder durch Übergabe von Staatsliegenschaften im Baurecht). Sie hat den Auftrag, bezahlbaren Wohn-, Gewerbe- und Kulturraum zu erhalten und neu zu schaffen. Die Stiftung arbeitet dabei eng mit verschiedenen Benutzergruppen wie zum Beispiel Haus- und Wohngenossenschaften, Personen in Ausbildung, quartierbezogenen Kleinbetrieben etc. zusammen. Die Stiftung ist unabhängig und der Stiftungsrat wird demokratisch vom Grossen Rat gewählt. Damit können auch bahnbrechende ökologische Modelle gerade für Junge mit wenig Startkapital ermöglicht werden, da diese Liegenschaften im Baurecht weitergegeben werden.

Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Vorschlag den Druck der



steigenden Mieten aufgrund der geringen Leerstandquote entgegenwirken können. Denn anders als private Immobilien gehen die Mieteinnahmen und Baurechtszinsen nicht an die Grundeigentümer, sondern allfällige Gewinne müssen in die Liegenschaften investiert werden. Damit wird der Boden der Spekulation entzogen und auch die Gefahr der Bildung von Immobilienblasen wird verringert. Anders als in Zürich mit einem Anteil von fast 25 Prozent gemeinnützigen Wohnungsbau haben wir in Basel nur einen Anteil von 10 Prozent. Die Stiftung wird auch darauf achten, dass die Liegenschaften sozial und ökologisch bewirtschaftet werden; dies auch durch eine höhere Belegung als im privaten Wohnungsbau.

Das Beispiel in Zürich (wo es seit den 1990er-Jahren dank einer Initiative eine ähnliche Stiftung – die PWG – gibt) zeigt, dass ein solches Modell funktioniert: Es begann damals mit einem Startkapital von 50 Millionen Franken und verfügt heute über ein weitaus grösseres Volumen. Die analoge Stiftung in Zürich hat ein Immobilienportfolio von über 1500

Wohnungen und Gewerberäumen mit einem Wert von mehr als 600 Millionen Franken. Zudem sind deren Mieten durchschnittlich 30 Prozent günstiger als die marktüblichen Mieten in Zürich.

In Basel sind nicht nur 85 Prozent der Bevölkerung MieterInnen, sondern es ist auch so, dass der Wohnungsbestand in Basel massiv überaltert ist. Die Stiftung wird ihre Liegenschaften nachhaltig und nicht profitorientiert bewirtschaften. Die Stiftung stellt auch keine Konkurrenz zu den bestehenden Wohn(bau)genossenschaften dar. Im Gegenteil: Sie ergänzt und unterstützt die bestehenden Wohngenossenschaften und gibt auch anderen Benutzergruppen die Möglichkeit, ihr Wohn- und Arbeitssideal zu schaffen.

Am 8. März deshalb ganz klar: JA zu bezahlbarem Wohnraum
Weitere Informationen: www.wohnen-fuer-alle.info



Sarah Wyss
SP-Grossrätin und
Mitinitiantin

Soziale Errungenschaften nicht gefährden!

Am 8. März stimmen wir über die Auslagerung der Volks- und der Schulzahnklinik ab. Sie sollen in ein «Universitäres Zentrum für Zahnmedizin Basel» integriert werden. Die negativen Auswirkungen einer Auslagerung der öffentlichen Zahnkliniken sind absehbar. Anstelle des öffentlichen Interesses an einer qualitativ guten, flächendeckenden zahnmedizinischen Grundversorgung träten Wettbewerbs- und Marktfähigkeit in den Vordergrund. Nach Inkrafttreten des Gesetzes hätten die kantonalen Parlamente BS und BL im Bereich Zahnmedizin praktisch nichts mehr zu sagen. Wir befürchten auch Nachteile für die Patientinnen und Patienten, und nicht zuletzt müsste das Personal mit Abstrichen rechnen.

Die Auslagerung der öffentlichen Zahnkliniken wurde noch vom damaligen Regierungsrat Conti aufgegleist. Er begründete sie einmal mehr mit dem Wettbewerb. Welcher Wettbewerb denn? Die unentgeltlichen Zahnkontrollen an 14'500 Schulkindern, die Kariesprophylaxe, die Instruktion zur Zahnreinigung an den Kindergärten, die sozialen Leistungen der Volkszahnklinik wie z.B. die Behandlung von randständigen Menschen werden unseres Wissens auf keinem Markt angeboten.

Die Schulzahnklinik und die Volkszahnklinik sind Errungenschaften des sozialen Basel. Sie haben eine grosse Bedeutung für die Bevölkerung, weil die Zahnarztkosten ein Teil der hohen Ge-

sundheitskosten sind, welche wir aus dem eigenen Sack bezahlen müssen. Werden die beiden Kliniken aus dem öffentlichen Dienst ausgelagert, dann ist es eine Frage der Zeit, bis ihre sozialen Leistungen abgebaut werden. Daher ist diese Vorlage unbedingt abzulehnen.



Martin Flückiger
Politischer Sekretär
BastA!

Nationale Abstimmungen vom 8. März 2015

Keine weiteren Steuergeschenke an Wohlhabende

Die Initiative «Familie stärken» verlangt, dass Kinder- und Ausbildungszulagen in Zukunft von den Steuern abgezogen werden können. Was im Titel als Familieninitiative daherkommt ist im Grunde genommen eine Steuer-senkungsinitiative für Wohlhabende.

Die CVP will Familien unterstützen. Das ist ein löbliches Vorhaben und wird von den Grünen auch nicht bestritten. Die Initiative der CVP zielt aber in die falsche Richtung. Denn bei einer Annahme der CVP-Initiative werden vor allem bessergestellte Familien begünstigt, weil bei Steuerabzügen – wegen der Steuerprogression – die Steuern bei höheren Einkommen stärker gesenkt werden. Bedürftige Familien, die heute wegen ihres tiefen Haushaltseinkommens wenig bis keine Steuern zahlen, profitieren nicht von der Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen und erfahren keine zusätzliche Unterstützung.

Steuerausfälle von fast einer Milliarde

Die Initiative würde nicht nur den einkommensschwachen Familien wenig nützen, sie schadet diesen auch noch. Denn: Bei Annahme der Initiative rechnet man mit Steuerausfällen von fast einer Milliarde Franken für Gemeinden, Kantone und Bund. Sie würde die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand weiter einschränken, worunter einkommensschwache Familien schon heute leiden. Sparmassnahmen in gewissen Kantonen haben zu Abbau in Schule, Kinder- und Jugendförderung sowie Kinderbetreuung geführt. Diese Aufzählung liesse sich problemlos durch weitere Beispiele ergänzen.

Grüne Familienpolitik

Die Grünen engagieren sich – unabhängig der Form der Familie – für eine Familienpolitik, welche die Gleichstellung von Mann und Frau fördert, Armut bekämpft und denjenigen Familien Hilfe leistet, die sie benötigen. Entscheidend ist, dass alle Kinder die gleichen Chancen



und Wahlmöglichkeiten erhalten. Daher ist es sinnvoller, die einkommensschwachen Familien mit gezielten Mitteln wie der Erhöhung der Familien- oder Ausbildungszulagen zu unterstützen. Neben der finanziellen Unterstützung sind auch die staatlich garantierten Infrastrukturen wie Tagesschulen von grosser Bedeutung. Sowohl der Vorstand der Grünen Basel-Stadt als auch die Mitgliederversammlung beschlossen einstimmig die Nein-Parole.



Harald Friedl
Vizepräsident Grüne
Basel-Stadt

Energie- statt Mehrwertsteuer – ein verhaltenes Ja

Am 8. März kommt die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» zur Abstimmung. Die von den Grünliberalen lancierte und von den Grünen unterstützte Initiative sieht eine Energiesteuer auf die Einfuhr und die inländische Erzeugung nicht erneuerbarer Energie (aus Erdöl, Gas, Kohle und Uran) vor. Konkret soll die Energiesteuer pro kWh nicht-erneuerbarer Primärenergie erhoben werden. Ziel der Initiative ist es, den Energieverbrauch in der Schweiz zu vermindern und gleichzeitig die Produktion erneuerbarer Energie anzukurbeln.

Mit der Einführung der Energiesteuer soll gleichzeitig die Mehrwertsteuer abgeschafft werden. Indem die Mehrbelastung durch die Energiesteuer insgesamt der finanziellen Entlastung durch den Wegfall der Mehrwertsteuer entsprechen würde, kann die Steuerreform kostenneutral umgesetzt werden.

Auch die Staatseinnahmen – zu denen die Mehrwertsteuer gut einen Drittel beiträgt – sollen durch die Steuerreform gesichert werden, indem die Höhe des Steuerertrages an das Bruttoinlandprodukt geknüpft wird.

Dennoch wird die Initiative in diesen Punkten kritisiert, wobei die Kritik teilweise auch aus linken Kreisen kommt: Insgesamt könne die Steuerreform allenfalls kostenneutral umgesetzt werden, doch wären Haushalte mit bescheidenem Einkommen überdurchschnittlich stark von den höheren Energiekosten betroffen. Grund dafür ist, dass diese Haushalte einen höheren Anteil ihres Haushaltsbudgets für die besteuerten Produkte ausgeben. Zudem hätten Mieter, die kaum Einfluss darauf haben, welche Energieträger der Vermieter nutzt, das Einsehen.

Die Initianten räumen ein, dass durch die Einführung der Energiesteuer die Haushalte der tiefsten Einkommensklasse etwas mehr belastet würden. Gleichzei-



Erneuerbare Energien wie beispielsweise die Windkraft wären von der Energiesteuer ausgenommen. Eine solche könnte die Energiewende massiv vorantreiben. Windräder im Norden Deutschlands. Foto: Harald Friedl

tig halten sie fest, dass auch die Mehrwertsteuer in Bezug auf das Bruttoeinkommen eine regressive Wirkung hat, dass aber die Einführung der Energiesteuer insgesamt zu einer steuerlichen Entlastung der Haushalte führen würde.

Bezüglich der vorgesehenen Massnahmen zur Sicherung der Staatseinnahmen wird von verschiedenen Seiten Kritik geübt. Denn wenn der Verbrauch nicht-erneuerbarer Energie abnimmt, muss der Steuersatz sukzessive in einem schwierig voraussehbaren Mass erhöht werden, um den gewünschten Steuerertrag zu erreichen. Die Befürworter der Initiative betonen, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien Zeit braucht. Zudem bestünde die Möglichkeit, die Steuer zu erweitern und weitere ökologische Faktoren, wie beispielsweise der Bodenverbrauch, mit einzubeziehen.

Skeptisch zeigen sich auch einige Grüne zur Abschaffung der Mehrwertsteuer, da durch den Wegfall dieser Konsumsteuer die Produkte günstiger werden und in der Folge ein erhöhter Ressourcenverbrauch zu erwarten ist.

Für eine Lenkungssteuer, wie sie der Bund für die zweite Etappe der Energiestrategie ab 2021 vorsieht,

träfen die genannten Kritikpunkte nicht zu. Denn das Lenkungssystem mit vorgesehenen Abgaben auf Strom, Brennstoffe und hoffentlich Treibstoffe sieht eine pro Kopf-Rückverteilung der Erträge an die Haushalte vor, wodurch negative Verteilungswirkungen vermieden werden können. Zudem orientiert sich die Lenkungsabgabe nicht am Finanzbedarf des Bundes, sondern an Klima- und Energiezielen. Und die Mehrwertsteuer zur Konsumbesteuerung würde bestehen bleiben.

Doch ob die geplante Lenkungsabgabe tatsächlich wirkungsvoll umgesetzt oder weiter verwässert wird, steht in den Sternen. Um den Klimawandel und den wachsenden Ressourcenverbrauch einzudämmen, ist eine ökologische Steuerreform jedoch zwingend und wird von den Grünen seit Langem gefordert. Aus diesem Grund folgt der Vorstand der Grünen Basel dem Votum der Grünen Schweiz und unterstützt die Initiative.



Barbara Wegmann
Vorstand Grüne Partei Basel-Stadt

Infomarkt und Varia

Interna

Neue Grossratspräsidentin: Elisabeth Ackermann

In der Grossratssitzung vom 7. Januar wurde Elisabeth Ackermann mit 79 von 89 Stimmen glanzvoll zur neuen Grossratspräsidentin gewählt. Damit stellen die Grünen im 2015 neben dem Regierungspräsidium mit Guy Morin auch das Grossratspräsidium. Wir gratulieren Elisabeth ganz herzlich zur ihrer Wahl und wünschen Ihr alles Gute in ihrer neuen Rolle als höchste Baslerin.



Neue Grossratspräsidentin Elisabeth Ackermann. Foto: Juri Weiss/bs.ch

Interna

Neues Corporate Design

An der Delegiertenversammlung vom 17. Januar in Liestal haben die Grünen ihr neues grafisches Erscheinungsbild vorgestellt (Beispiele und Vorgaben zum Corporate Design unter: http://www.gruene.ch/gruene/de/die_gruenen/corporate.html). Auch wir werden uns dem neuen visuellen Auftritt der Grünen Schweiz anschliessen und unsere Publikationen im Laufe des Jahres anpassen. Dies bedeutet, dass das vorliegende Heft das letzte in dieser Form war. Wie die zweite Ausgabe des Jahres im Mai/Juni aussehen wird und was sonst noch neu wird, darauf dürft ihr gespannt sein.

Alle Infos und Veranstaltungen auf:
www.gruene-bs.ch

Abstimmungen

Kantonale Abstimmungen vom 8. März 2015

JA zur kantonalen Volksinitiative «Wohnen für alle»

NEIN zum Grossratsbeschluss betreffend das Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel (Referendum)

Nationale Abstimmungen vom 8. März 2015

NEIN zur CVP Volksinitiative «Familien stärken!»

JA zur Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer»

Die Parolen zu den Abstimmungen vom 8. März wurden an der Mitgliederversammlung vom 3. Februar gefasst. Beiträge zu den Abstimmungsvorlagen findet ihr auf den Seiten 9–11.

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- o **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 170.– (Reduktion für Erwerbslose)
- o **Ich interessiere mich für die Grüne Partei!** Bitte nehmt mit mir Kontakt auf
- o **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.–

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an: **Grüne Basel-Stadt, Güterstrasse 83, Postfach 1442, 4001 Basel**
E-Mail: **sekretariat@gruene-bs.ch**

Konto: **PC 40-19338-4**
Website: **www.gruene-bs.ch**